



Bericht aus Berlin

8 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Baugesetzbuch wird verbessert

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag dem „Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden und zur Fortentwicklung des Städtebaurechts“ zugestimmt. Hierzu sprach der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz. Die Novellierung war bereits am Mittwoch im Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach langwierigen Verhandlungen einstimmig beschlossen worden. „Mit diesem Gesetz wird die Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden sowie das kommunale Planungsrecht gestärkt. Innenstädte und Ortskerne sind Schlüsselfaktoren für eine positive Stadtentwicklung,“ so Götz. Die Kommunen erhalten mit dem Gesetz bessere Möglichkeiten im Umgang mit Schrottimmobilien, so werden neue Möglichkeiten für Rückbau und Entsiegelungsgebote erweitert. Kindertagesstätten sind künftig auch in Wohngebieten zulässig. Auch für den Umgang mit Vergnügungsstätten erhalten die Kommunen neue Steuerungsmöglichkeiten. Mit dem Gesetz wollen wir die Urbanität und Attraktivität von Städten und Gemeinden auch in baukultureller Hinsicht wahren und stärken. Einen breiten Raum im vorausgegangen parlamentarischen Verfahren nahm das Thema Intensivtierhaltung ein. Auch hier wurde die kommunale Planungshoheit gestärkt. Künftig sind große Tierhaltungsanlagen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist, nicht mehr privilegiert; d.h. für solche Anlagen der Intensivtierhaltung ist künftig die Aufstellung eines Bebauungsplanes notwendig. Es liegt im Verantwortungsbereich der kommunalpolitisch Verantwortlichen ob und wo künftig gewerbliche Tierhaltungsanlagen realisiert werden.“ Die Rede von Peter Götz können sie im Wortlaut nachverfolgen unter: <http://www.goetzpeter.de/meldungen/novellierung-des-baugesetzbuches-gotz-spricht-im-plenum/>

Mittelstand: Rückrat der deutschen Wirtschaft

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedete der Bundestag am Donnerstag einen Katalog von Forderungen, wie der Mittelstand weiter gestärkt werden kann. Vor diesem Hintergrund kritisierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass Rot-Grün mit seiner Mehrheit im Bundesrat sinnvolle Gesetze zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen verhindert hat. Im Einzelnen wurden Gesetzesvorhaben zur Senkung der kalten Progression im Einkommensteuertarif, zur Verkürzung der Aufbewahrungsdauern für Rechnungen und Belege oder zur energetischen Gebäudesanierung genannt. Die Union steht dagegen hinter den Familienunternehmen und dem Mittelstand. Schließlich arbeiten 71 Prozent der Erwerbstätigen und 83 Prozent der Auszubildenden in den 3,7 Millionen Familienbetrieben.

Weitere Informationen hierzu finden Sie unter: www.cducsu.de.

Bilanz zur Wachstumspolitik und zur Stärkung des Ehrenamtes

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zwei neue Informationsbroschüren veröffentlicht. Unter dem Titel „Wachstumsmotor Deutschland“ wird die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik der Fraktion in dieser Legislaturperiode dargestellt. Das Faltblatt „Bürger für Bürger“ informiert über das neue Gesetz zur Förderung des Ehrenamtes.

Die Publikationen stehen unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

Ältestenrat...

Der Ältestenrat besteht aus dem Bundestagspräsidenten, seinen Stellvertretern und 23 weiteren Mitgliedern, die von den Fraktionen nach ihrem Stärkeverhältnis benannt werden. An den Sitzungen des Ältestenrats nimmt außerdem ein Vertreter der Bundesregierung teil. Der Ältestenrat ist das wichtigste Koordinationsgremium des Bundestages und unterstützt den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte des Parlaments. Er beschließt über innere Angelegenheiten des Bundestages, soweit sie nicht dem Präsidenten oder dem Bundestagspräsidium vorbehalten sind, und legt die Termine der Sitzungswochen sowie kurzfristig die Tagesordnungen der Debatten fest. Darüber hinaus ist der Ältestenrat das Gremium, in dem alle für den Bundestag wichtigen Fragen, beispielsweise im Verhältnis zur Bundesregierung oder bei Kritik an Maßnahmen eines sitzungsleitenden Präsidenten, angesprochen werden können.

Nachrichten

Kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung zahlt sich für Kommunen aus

Die Bundesregierung hat am Mittwoch die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zur „Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland“ verabschiedet. Peter Götz: „Die vorliegenden Antworten zeigen deutlich, dass die Politik der Bundesregierung verteilt über nahezu alle Politikbereiche entscheidend zur Stärkung der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung beiträgt. Dabei hat die christlich-liberale Koalition die Kommunen deutlich finanziell entlastet. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter von rund 4,5 Milliarden Euro jährlich wurden vom Bund übernommen. Für den Ausbau der Betreuungsplätze für Unterdreijährige schoss er Zuschüsse in Höhe von 5,5 Milliarden Euro bei. Gleichzeitig gab es aber auch strukturelle Verbesserungen beispielsweise bei der Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die bundespolitischen Entscheidungen. Wenn Kommunen trotz der maßgeblich vom Bund beeinflussten guten Rahmenbedingungen nach wie vor Probleme bei der Umsetzung des Krippenplatzanspruches oder den Kommunalfinzen haben, liegt dies vor allem an der Arbeit der Länder. Wenn beispielsweise die rot-grüne Mehrheit im Landtag von Nordrhein-Westfalen vom Bund die Finanzierung der Schulsozialarbeit über 2013 hinaus fordert, verkennt sie, dass die vom Bund geschulterte Kommunalentlastung auch Mittel freisetzt, diese Aufgaben dauerhaft finanzieren zu können. Die vom Bund beschlossene Kommunalentlastung muss dafür aber uneingeschränkt, zusätzlich und ohne Zweckbindung bei den Kommunen ankommen. Die Bundesentlastungen der Kommunen sind kein Beitrag zur Konsolidierung von Landeshaushalten. Vor diesem Hintergrund ist es alarmierend, dass immer mehr Kommunen Verfassungsklage gegen ihre jeweilige Landesregierung wegen Verletzung des Konnexitätsprinzips einlegen. Nach geltender Verfassungslage sind die Bundesländer gefordert, die Kommunen mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten. Der Bund kann hier unterstützend zur Seite stehen. Dies darf aber nicht so verstanden werden, dass immer mehr Aufgaben dauerhaft auf den Bund übertragen werden. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur „Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland“ zeigt deutlich, dass sich die kommunalfreundliche Politik der von CDU und CSU geführten Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen für Städte, Landkreise und Gemeinden milliardenschwer auszahlt. Wir haben unser erklärtes Ziel erreicht und die Selbstverwaltungskraft vor Ort umfassend gestärkt. Für die nächste Legislaturperiode ist fest vereinbart, weitere Entlastungen bei den Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung auf den Weg zu bringen. Die Politik dieser Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen verdient das Vertrauen der Kommunen. Schließlich hat in der Geschichte der Bundesrepublik noch kein Bundeskanzler so viel für die Kommunen bewirkt wie Angela Merkel. Es liegt im ureigenen Interesse der Städte, Gemeinden und Landkreise, dass dieser Politikstil noch lange weitergeführt werden kann.“



In dieser Woche diskutierte die AG Kommunalpolitik den Sachstand zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Hierzu referierten Nadine Schön MdB, Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, sowie Jürgen Grützner, Geschäftsführer Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V.

Peter Götz lädt zur Bürgersprechstunde

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz bietet im Rahmen seiner regelmäßigen Bürgersprechstunden interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, mit ihm persönlich ins Gespräch zu kommen.

Die **nächste Sprechstunde** findet am **Dienstag, 28. Mai 2013 von 15.30 bis 17.30 Uhr in der CDU-Kreisgeschäftsstelle, Sandweierer Straße 29** in Sandweier statt.

Eine Anmeldung im Wahlkreisbüro unter 07229/181840 wird empfohlen

Einige interessante Daten und Fakten...

Erneut Überschuss in der Sozialversicherung 2012

Die Sozialversicherung verzeichnete im Jahr 2012 einen kassenmäßigen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 15,8 Mrd. €, der somit um 1,9 Mrd. € über dem des Jahres 2011 (13,9 Mrd. €) lag. Im Jahr 2012 wiesen alle Zweige der Sozialversicherung Überschüsse aus, maßgeblich bedingt durch die positive Lohn- und Beschäftigungsentwicklung. Die Einnahmen der Sozialversicherung beliefen sich insgesamt auf 536,5 Mrd. €, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg um 2,0% entspricht. Die Ausgaben lagen mit 520,7 Mrd. € demgegenüber um 1,7% über dem Niveau des Jahres 2011. Für die Rentenversicherung ergab sich bei Einnahmen von 258,8 Mrd. € und Ausgaben von 254,0 Mrd. € ein Finanzierungsüberschuss von 4,8 Mrd. € (2011: 4,4 Mrd. €). Der Überschuss in der gesetzlichen Krankenversicherung betrug 8,5 Mrd. € (2011: 9,3 Mrd. €) bei Einnahmen von 194,3 Mrd. €. Die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit gingen um 0,3% auf 37,6 Mrd. € und damit zwar leicht zurück, aufgrund der um 7,1% auf 35,0 Mrd. € reduzierten Ausgaben wurde aber dennoch ein Finanzierungsüberschuss von 2,6 Mrd. € erzielt (+2,6 Mrd. € gegenüber 2011).
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Gute Aussichten für deutsche Wirtschaft

Das DIW prognostiziert in seiner Mittelfristprojektion, dass Deutschland in den nächsten fünf Jahren mit mehr Wachstum, mehr Jobs und einer immer stärkeren Binnenwirtschaft rechnen kann. Allein im Jahr 2017 werden die öffentlichen Haushalte Überschüsse von knapp 28 Mrd. € erzielen. Zudem wird die Schuldenstandsquote nach den Schätzungen der Experten von knapp 82% im Jahr 2012 auf 68,5% im Jahr 2017 fallen. Das BIP wird nach den Berechnungen des Instituts zwischen 2012 und 2017 voraussichtlich um etwa 3,5% steigen. Auch die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen wird zunehmen, während die Arbeitslosigkeit weiter sinkt. Ein Zuwachs von rund 3% bei den Löhnen und zunehmende Arbeitsplatzsicherheit dürfte auch den privaten Konsum deutlich beleben. Dadurch werden vor allem die Lohnsteuereinnahmen steigen. Insgesamt nehmen die Steuereinnahmen in den Jahren bis 2017 um bis zu 4% zu. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen steigen zwischen 2012 und 2017 um durchschnittlich 3% pro Jahr. Insgesamt werden die Einnahmen des Staates in den Jahren 2013 bis 2017 um jahresdurchschnittlich 3% Prozent zulegen und damit deutlich schneller als in den vergangenen fünf Jahren. Auch die Bruttoinvestitionen des Staates werden bis 2017 jahresdurchschnittlich um 4% und damit deutlich schneller als in den letzten Jahren steigen. Allerdings steigen laut den DIW-Experten ebenso die konsumtiven Ausgaben des Staates.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW)